



Wie positioniert sich Thüringen?

Krieg und Frieden

Vor 80 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Wie die meisten lebenden Deutschen mußte ich selbst nie die Schrecken eines Krieges miterleben. Aber ich wuchs in einer Großfamilie mit Großeltern, Urgroßeltern und Großtante auf, die mir als Augenzeugen Leidvolles berichten konnten: vom Soldatentod des Sohnes und Bruders, von Flucht und Vertreibung, von Gruppenvergewaltigungen, vom Tieffliegerbeschuß, von erfrorenen Säuglingen auf dem Treck, vom Bombenangriff auf Dresden, dem man wie durch ein Wunder entkam, von jahrelanger Kriegsgefangenschaft ... Die Traumata, die der letzte Krieg in unser Volk gepflanzt hat, enden nicht mit dem Tod der Erlebnisgeneration, sie wurden, wenn auch abgeschwächt, bis in die Enkelgeneration durchgetragen.

Vor diesem Hintergrund mußten die verantwortlichen deutschen Politiker eigentlich alles daransetzen, dem Frieden zu dienen. Stattdessen helfen sie mit, die Eskalationsschraube des Ukrainekrieges weiterzudrehen: Erst lieferte die Ampel-Regierung 5.000 Helme, dann kamen Handfeuerwaffen dazu. Es folgten Gepard- und Leopard-1-Panzer und schließlich der

Leopard 2. Die Panzer wurden auch in der Region Kursk auf russischem Boden eingesetzt, also dort, wo 1943 die größte Panzerschlacht des Zweiten Weltkrieges stattfand. Mittlerweile werden US-amerikanische ATACMS-Raketen tief ins russische Hinterland gelenkt – und zwar von amerikanischen Militärs. Die deutsche Taurus-Rakete

Es gibt nur noch eine Alternative zu den Kriegsparteien

könnte sogar Moskau erreichen. Dieses hochkomplexe Waffensystem müßte von deutschen Soldaten für die Ukraine bedient werden. 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg würden deutsche Soldaten wieder russische Soldaten und Zivilisten töten, und das ohne einen russischen Angriff auf unser Land ...

Und wenn Friedrich Merz (CDU), wie er das ankündigte, als Bundeskanzler Taurus-Lieferungen durchsetzen will, dann könnte dieses Zündeln den dritten Weltkrieg auslösen!

Auch wenn sich die Zahlen schwer ermitteln lassen, ist der wirtschaftliche Gesamtschaden

des Ukrainekrieges für Deutschland enorm. Über 300 Milliarden Euro dürfte er uns schon gekostet haben. Die meisten Deutschen fragen sich, warum »unsere Politiker« nicht alles dafür tun, daß dieser Krieg so schnell wie möglich endet?

Ein Teil der Erklärung liegt darin, daß die Handelnden eben nicht »unsere Politiker« sind.

Ein Friedrich Merz muß sich vorhalten lassen, daß er als BlackRock-Manager mit der



Plünderung der deutschen Volkswirtschaft zum Millionär geworden ist. Und BlackRock gründete 2023 den ukrainischen Entwicklungsfonds UDE, der darauf spekuliert, daß der Wieder-

aufbau der Ukraine ein gutes Geschäft werden könnte – wenn Rußland diesen Krieg nicht gewinnt.

Und Olaf Scholz (SPD)? Ich kann nicht vergessen, wie der Bundeskanzler am 7. Februar 2022 in Washington neben Joe Biden stand, grinste und nichts sagte, als der US-Präsident ankündigte, das Nord-Stream-Projekt, dieses zarte Pflänzchen deutscher Interessenpolitik, zu beenden. Nie ist in den letzten Jahren besser zum Ausdruck gebracht worden, daß wir die Stiefelknechte der USA sind!

Ja, ich sehe im Ukrainekrieg auch einen amerikanischen Stellvertreterkrieg mit Rußland. Die USA versuchen, unter In-

kaufnahme schwerster Schäden für Europa, geostrategische Vorteile zu erzielen. Es geht darum, Rußland von Europa zu trennen, um selbst auf dem »Alten Kontinent« im Spiel zu bleiben.

Aber dieses amerikanische Interesse kann nicht unser Interesse sein. Wir von der AfD wissen: Von guten Beziehungen Deutschlands und Europas zu Rußland hängt der Friede in Europa ab. Europa muß ein Bewußtsein für das entwickeln, was seine Aufgabe ist: dem US-amerikanischen Weltkonzept ein europäisches entgegensetzen, das den Verheerungen, die unser Kontinent erfuhr, angemessen ist – ein auf Verträgen, Diplomatie und Zuverlässigkeit beruhendes Gleichgewicht, das niemals kurzfristigen, geostrategischen Vorteilen zum Opfer fallen darf.

Als AfD-Fraktion im Thüringer Landtag sehen wir uns als Friedenskraft, denn ohne Frieden ist jede Politik für Thüringen auf Sand gebaut. Das BSW hat für Ministersessel das Friedensversprechen aufgegeben und sich der Kriegsrhetorik der Kartellparteien unterworfen.

Das wird es mit der AfD niemals geben. Wir werden im Thüringer Landtag Druck auf die Brombeer-Koalitionäre ausüben und die Forderung nach deutscher Souveränität sowie einem Ausgleich mit Rußland immer wieder in die Debatte einbringen!



»Höcke stoppen.« Eines der CDU-Wahlplakate zeigte 2024 ehrlich, was das Ziel der Thüringer Christdemokraten war. Nicht das Land spielt die erste Rolle, nicht die Wünsche der Wähler: Vielmehr war klar, dass man mit der AfD auch dann nicht zusammenarbeitet, wenn diese stärkste Kraft wird. Was dann ja auch eintrat, mit fast zehn Prozentpunkten vor der CDU. Das AfD-Sondierungsangebot wurde von der CDU abgelehnt. Man kann Voigt nicht mal Unehrlichkeit vorwerfen. Wer »Höcke stoppen« will, kann mit einem anderen Plakat trotzdem behaupten, es sei »Zeit für den Wechsel«. Denn, lieber Wähler: Keiner hat gesagt, dass die

CDU damit einen Politikwechsel meint. Ausgetauscht werden sollten nur die Personen, die regieren. Und auch der CDU-Slogan »Wir verstehen unser Handwerk« lässt nicht zwingend auf Einfühlungsvermögen gegenüber an Energiepreisen oder sinnloser Bürokratie verzwei-

felnden Bäckern und Fleischern schließen. »Unser Handwerk« war wohl politisch gemeint: Vor der Wahl rechts blinken, nach der Wahl links abbiegen! Auch der Spruch »Fußfesseln für Frauenschläger« war in Zeiten ausufernder Messerattacken schon fast ein ehrliches Eingeständnis, innenpolitisch nicht auf dem neuesten Stand zu sein.

Konsequenterweise darf auch in der neuen Regierung Georg Maier von der SPD beweisen, dass er zwar Opposition schikanieren, nicht aber Kriminalität bekämpfen kann. Es ist auch nicht verboten, sich »konservativ« zu nennen, sich dann aber von Linksextremisten tolerieren zu lassen und Linke unter BSW-Flagge als Minister zu ernennen. Wer nun resigniert, geht gleich ein zweites Mal in die Falle: Denn was könnte den regierenden Parteien mehr gefallen, als wenn viele Andersdenkende gar nicht mehr zur Wahl gehen? Weil ja doch am Ende stets linke Politik rauskommt. Sogar einen Namen gibt es für diese politische Strategie: »Asymmetrische Demobilisierung«, zuerst angewandt übrigens von Merkels CDU im Jahr 2009.

Die Strategie hat nur zwei Haken: Einer nennt sich Sperrminorität. Der andere steckt im Logo der AfD.



Die Thüringer »Brombeere«

Rot-Rot-Rot.

Kann Spuren von Mario Voigts Machtgier enthalten.

Stellenangebote der AfD-Fraktion

Wir suchen Mitarbeiter jeglichen Geschlechts:

✓ Mitarbeiter der Organisation

Vollzeit, langfristiges Arbeitsverhältnis
Benötigt wird eine abgeschlossene Berufsausbildung in der Logistik- oder Veranstaltungsbranche

- Tätigkeitsfeld:**
- Planung und Durchführung von Veranstaltungen
 - Logistische Koordination von Versandaktionen
 - Pflege von Datenbanken

✓ Pressereferent der AfD-Fraktion

Vollzeit, langfristiges Arbeitsverhältnis
Benötigt wird ein abgeschlossenes Studium der Kommunikationswissenschaften, Journalismus oder vergleichbarer universitärer Abschluss

- Tätigkeitsfeld:**
- Erstellen von Pressemitteilungen
 - Mitarbeit an der Fraktionszeitung
 - Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit



Bewerbungsunterlagen bitte an: bewerbung@afd-thl.de



Weitere Informationen finden Sie auf unserer Seite www.afd-thl.de



Impressum

V.i.S.d.P.: Björn Höcke
Bürgerinformation der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Auflage: 400.000 Stück

[f @afd-thl](https://www.facebook.com/afd-thl)

https://t.me/afd_thl

www.afd-thl.de

[@afd-landtags-tv](https://www.youtube.com/channel/UC...)



»Verfassungsschutz«:

»Prüffall« Kramer

Als die Menschen 1989 in der DDR auf die Straßen gingen, hofften sie auf eine offene und transparente Gesellschaft, die weit entfernt von den Praktiken der Stasi ist. Doch in Thüringen scheint die Geschichte sich zu wiederholen. Stephan Kramer, der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, steht jetzt endlich auch öffentlich in der Kritik, und die Vorwürfe gegen ihn sind schwerwiegend.

Kramer, der seit 2015 den Thüringer Verfassungsschutz leitet, erfüllt nicht die gesetzlichen Anforderungen für das Amt. Laut Thüringer Verfassungsschutzgesetz soll der Präsident über die Befähigung zum Richteramt verfügen, was Kramer nicht tut. Er besitzt lediglich einen Abschluss in Sozialpädagogik und hat sein Rechtsstudium nicht abgeschlossen. Schon bei seiner Berufung im Jahr 2015 war diese Tatsache umstritten, doch sie wurde durch die damalige Lan-

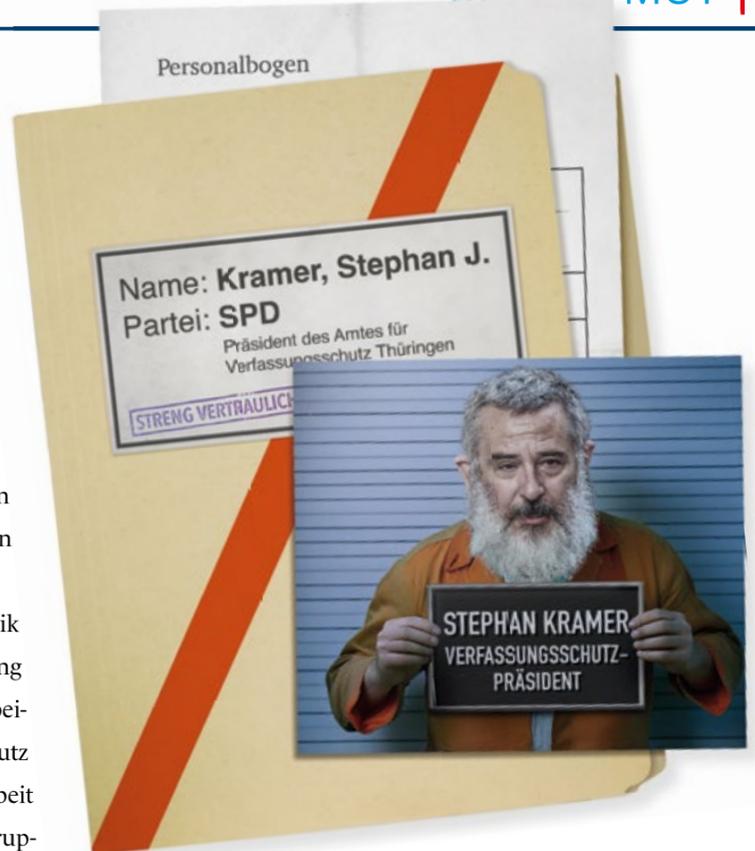
desregierung unter Bodo Ramelow (Die Linke) ignoriert. Neue Enthüllungen werfen ein bedenkliches Licht auf Kramers Amtsführung. Es wird ihm vorgeworfen, entlastende Gutachten zur AfD unterdrückt zu haben. Zudem soll er Mitarbeiter bedroht und gemobbt haben, was zu einer hohen Fluktuation in der Behörde geführt hat. Berichte sprechen von einer systematischen Unterdrückung kritischer Stimmen innerhalb der Behörde und von Intrigen gegen Mitarbeiter, die nicht mit Kramers politischen Ansichten übereinstimmen.

Kramer soll auch internes Wissen an Journalisten weitergegeben haben, was einen strafbaren Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht darstellt. Besonders Brisant ist der Vorwurf, dass er Informationen an zwei Journalisten des Mitteldeutschen Rundfunks weitergeleitet haben soll, die dann einen Whistleblower an Kramer auslieferten. Dies stellt

einen schwerwiegenden Bruch des journalistischen Ehrenkodex dar. Ein weiterer Punkt der Kritik betrifft Kramers Einladung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter in den Verfassungsschutz sowie seine Zusammenarbeit mit radikalislamischen Gruppen. Diese Kontakte haben die Unabhängigkeit und Neutralität seiner Behörde infrage gestellt. Stephan Kramer hat nicht zuletzt versucht, die Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen in Thüringen zu beeinflussen, indem er Wahlvorstände gezielt mit »belastenden« Informationen über AfD-Kandidaten versorgte, um deren Zulassung zur Wahl zu verhindern. Während der Landtagsabgeordnete Stefan Möller bei seiner Selbstauskunft nur drei Seiten an Informationen bekam, wurden Wahlvorstände mit 36 Seiten diffamierendem Material versorgt. Möller selbst durfte die Vorwürfe nicht einsehen, um

sich zu rechtfertigen. Die Affäre um Kramer zeigt deutlich, wie tief die politischen Verflechtungen in Thüringen reichen und wie schwierig es ist, staatliche Institutionen von parteipolitischen Interessen zu befreien. Es geht um mehr als nur um die Person Kramer; es geht um das Vertrauen in staatliche Institutionen überhaupt. Die Institution des Verfassungsschutzes in Deutschland ist seit jeher stark umstritten, da es in keinem anderen EU-Mitgliedsland eine vergleichbare Behörde gibt, die sich auf diese Weise gegen die politische Opposition richtet. Während andere Länder ihre Sicherheitsbehörden haupt-

sächlich auf Terrorismus und Spionageabwehr beschränken, wird der deutsche Verfassungsschutz ungeniert als Instrument politischer Kampagnen gegen unliebsame Parteien eingesetzt, derzeit insbesondere gegen die AfD. Die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag hat sich vehement gegen diese Entwicklungen positioniert und fordert nun eine umfassende Untersuchung. Die Vorwürfe gegen Kramer sind so schwerwiegend, dass man ihnen nur durch einen Untersuchungsausschuss auf den Grund gehen kann. Die AfD-Fraktion wird daher einen Untersuchungsausschuss beantragen.



Satirische Darstellung

Schauen Sie dazu das Video:



Wie befangen ist der § Verfassungsgerichtshof?

Der Begriff »Delegitimierung des Staates« wird häufig genutzt, um legitime Opposition zu diffamieren. Doch oft sind es staatliche Akteure selbst, die das Vertrauen in Institutionen erschüttern – wie jüngst in Thüringen. Im Fokus stehen die CDU-Verfassungsrichter Jörg Geibert und Klaus von der Weiden, die mit der Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs zur konstituierenden Landtagssitzung gegen geltendes Recht verstoßen haben. Geibert nahm



trotz eines Ausschlussgrundes gemäß § 13 Abs. 1 Thür-VerfGHG an einem Verfahren teil, das seinen Sohn durch die Prozessstandschaft der CDU-Fraktion unmittelbar betraf. Von der Weiden hätte dies erkennen und unterbinden müssen. Der gesetzliche Ausschluss soll die Unparteilichkeit und das Vertrauen in

den Verfassungsgerichtshof wahren. Während Verfahren gegen AfD-Vertreter oft monatelang hinausgezögert werden, wurde die Strafanzeige der AfD-Fraktion rasch abgewiesen. Die Staatsanwaltschaft prüfte außerdem den Ausschlussgrund nicht abschließend, was Zweifel

an ihrer Neutralität weckt. Rechtsprechung und Gesetz geben eindeutig vor, dass familiäre Verbindungen von Richtern einen zwingenden Ausschlussgrund darstellen. Auf eine falsche Rechtsanwendung kommt es gerade nicht an. Die AfD-Fraktion hat Beschwerde eingelegt und

plant ein gerichtliches Ermittlungserzwingungsverfahren. Der Fall wirft Fragen nach der Ernsthaftigkeit der Gewaltenteilung in Thüringen auf. Ein Verfassungsgericht, das als verlängerter Arm der CDU agiert, untergräbt die Rechtsstaatlichkeit und das Vertrauen der Bürger in eine unparteiische Justiz.



Mehr über den Corona-Untersuchungsausschuss finden Sie auf unserer Seite: afd-thl.de/politik/corona-untersuchungsausschuss

Corona-UA & Corona-Unrechtsbereinigungsgesetz

Interview mit Wiebke Muhsal



»Zieht euch warm an, wir kommen!«, äußert sich unsere Abgeordnete Wiebke Muhsal kämpferisch vor der Kamera, als sie den Antrag auf Bildung eines Corona-Untersuchungsausschusses beim Landtag einreicht. Und eine Kampfansage soll es auch sein. An alle, die für das begangene Unrecht während der Corona-Zeit verantwortlich waren: Für Bürgerrechtseinschränkungen wie die Behinderung von Corona-Spaziergängen kritischer Menschen. Für Bußgelder gegen jene Mitarbeiter im Gesundheitswesen, die ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit in Anspruch nahmen. Und auch für die sinnlose Maskenpflicht in den Schulen. An dieser Stelle beantwortet Wiebke Muhsal die wichtigsten Fragen zum geplanten Untersuchungsausschuss.

Frau Muhsal, die Einrichtung eines Corona-Untersuchungsausschusses ist Ihnen ein Herzensanliegen. Warum gerade jetzt?

Mit Beginn der neuen Legislatur haben wir die Chance, intensive Aufklärungsarbeit zu leisten. Schon im Wahlkampf ist mir aufgefallen, dass führende Thüringer Politiker ihr unverantwortliches Vorgehen in der Zeit der Lockdowns am liebsten unter den Tisch kehren würden. Es ist nicht damit getan, zu behaupten, man hätte nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt – zumal das in vielen Fällen offensichtlich falsch ist. Aber es braucht auch Zeit, einen Untersuchungsausschuss vorzubereiten. Es kommt darauf

an, welche Fragen an wen auf welche Weise gestellt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Verantwortungsträger sang- und klanglos davonstehlen. Die Veröffentlichung der RKI-Akten zum Beispiel trägt dazu bei, die Verantwortlichen mit ihrem Handeln konfrontieren zu können.

Manchmal wird der Vorwurf an die AfD herangetragen, sie habe selbst zu Beginn der Corona-Krise noch härtere Maßnahmen gefordert. Warum kam es zu einem Umdenken?

Damals war ich selbst nicht Mitglied der Landtagsfraktion. Meine Wahrnehmung von außen ist, dass die AfD-Fraktion am Anfang zu Recht vorsichtig

war. Denn sollten tatsächlich Krankheiten mit hohen Todesraten nach Deutschland ein-



Wiebke Muhsal initiierte das Volksbegehren gegen den Impfzwang.

geschleppt werden, muss man natürlich handeln. Politisches Handeln hat sich aber auf Fakten zu gründen und nicht auf Panikmache, wie sie oftmals betrieben wurde. Dementsprechend hat die Thüringer AfD-

Fraktion schon sehr früh, nämlich im April 2020, ein Papier verabschiedet, in dem sie sich ge-

gen die Grundrechtseinschränkungen wandte. Auch kämpfte unsere Fraktion mit Erfolg vor dem Landesverfassungsgericht gegen willkürliche Bußgeldforderungen des Landes.

Die Bußgeldforderungen sind ein wichtiges Stichwort – ein von der AfD-Fraktion auf den Weg gebrachtes Coronamaßnahmen-Unrechtsbereinigungsgesetz soll nun den Geschädigten zu ihrem Recht verhelfen. Worum geht es dabei?

Es gab nicht nur Bußgeldforderungen gegen Gastronomiebetriebe, die angeblich oder tatsächlich gegen die Lockdown-Auflagen verstießen. Auch Mitarbeiter im Gesundheitswesen wurden mit Bußgeldern und Entlassung bedroht, wenn sie sich der »einrichtungsbezogenen Impfpflicht« nicht beugen wollten. Hinzu kommen die Opfer der Impfung an sich, die noch immer um Anerkennung ihrer Impfschäden kämpfen. Mit der Entlassung der beteiligten Pharmaunternehmen aus der Haftung wurde der Bund dafür verantwortlich. Man setzt alles daran, den Betroffenen selbst schwerster Nebenwirkungen eine Entschädigung zu verweigern.

Welche der Maßnahmen fanden Sie persönlich am schlimmsten?

Dass insgesamt ohne Sinn und Verstand über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden wurde. Kinder und alte Menschen mussten besonders leiden, aber auch deren Angehörige oder von der einrichtungsbezogenen Impfpflicht Betroffene. Ich bin nicht bereit, das widerspruchlos hinzunehmen, und setze mich deswegen mit Herzblut für ihre Rechte ein.

Besuchen Sie uns auf der 35. Thüringen Ausstellung!

Vom 8. bis 16. März 2025 auf der Erfurter Messe in Halle 1 – natürlich rechts oben!